

Antragsteller: CDU-Landesverband Hamburg

Der 35. Bundesparteitag der CDU Deutschlands möge beschließen:

Für die deutsche Grammatik, gegen Gender-Zwang

- (1) Die CDU Deutschlands spricht sich gegen jede Diskriminierung und Ausgrenzung von Menschen aus, die keine gendergerechte Sprache verwenden möchten.
- (2) Die CDU Deutschlands verwendet in ihren Schriftstücken und Veröffentlichungen keine grammatisch falsche Gender-Sprache. Für die CDU Deutschlands gelten die deutsche Grammatik und die amtliche deutsche Rechtschreibung.
- (3) Die CDU Deutschlands spricht sich dafür aus, dass in allen Behörden, Schulen, Universitäten und anderen staatlichen Einrichtungen keine grammatisch falsche Gender-Sprache verwendet wird.
- (4) Sprache als eines der wichtigsten Ausdrucksmittel prägt die Kultur. Eine Überfrachtung der Menschen mit der Einführung neuer Sprachregeln im Kontext gesellschaftspolitisch geforderter Nejustierungen verunsichert Menschen und führt damit auch immer zu kulturellen Konflikten. Sprache sollte immer zusammenführen und nicht ausschließen.
- (5) Für uns gilt uneingeschränkt der verfassungsrechtliche Grundsatz der Gleichberechtigung und der in Artikel 3 des Grundgesetzes ebenfalls formulierte Auftrag des Staates, die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung zu fördern und auf die Beseitigung bestehender Nachteile hinzuwirken. Dieses Bekenntnis und die Forderung nach konkreter Umsetzung der Chancengerechtigkeit sind seit Jahrzehnten Bestandteil der Grundsätze der CDU Deutschlands.

Begründung:

Ein scheinliberales Milieu, das nach außen Liberalität suggeriert, will derzeit an Behörden, Universitäten, Schulen und anderen staatlichen Einrichtungen einen „gendergerechten“ Schreib- und Redestil durchsetzen. Mittlerweile werden sogar Andersdenkende in diesen Bereichen unter Druck gesetzt, ebenfalls zu gendern. Sonst drohen schlechtere Noten oder andere Nachteile. Mit Wortschaffungen wie „Elektrokleinstfahrzeugführende“, „Passivraucher*innenschutzverordnung“ oder „zu-Fuß-Gehende“ statt „Fußgänger“ wird in der Sprache aber keine Zusammenführung erreicht, im Gegenteil.

Für die CDU Deutschlands gilt: Sprache sollte einen und zusammenführen, sie darf nicht ausschließen. Daher treten wir einer grammatisch falschen Gender-Sprache und vor allem einem Gender-Zwang entschlossen entgegen. Denn der Gender-Sprache liegt ein Weltbild zugrunde, das die Gesellschaft nicht als Ganzes sieht, sondern sie nach Geschlechtern, sexuellen Orientierungen und weiteren Merkmalen in Gruppen einteilt. Diese Spaltung in einzelne Gruppen geht dabei so weit, dass sie auch sprachlich immer und überall zum Ausdruck gebracht werden soll – ein Gesellschaftsbild, das der Union fundamental fremd ist.

Die Gender-Sprache ist auch in anderer Hinsicht nicht inklusiv und integrierend, sie ist exklusiv und grenzt aus. Aus gutem Grund spricht sich daher etwa der Deutsche Blinden- und Sehbehindertenverband gegen die Gendersternchen aus. Wie soll die sprachliche Integration von Menschen funktionieren, die hierzulande Deutsch als Zweit- oder Fremdsprache erlernen, wenn der Sprach- und Schriffterwerb derart erschwert wird?

Von der Politik wird immer wieder eine verständliche Sprache gewünscht. Die Anwendung der Gender-Sprache wird dieser Forderung nicht gerecht. Zudem sollte auf jene Menschen Rücksicht genommen werden, die aufgrund geringer Lese- und Schreibfähigkeit nicht vollständig in der Lage sind, auch einfache Texte zu lesen und zu schreiben. Im benachbarten Ausland hat man bereits erkannt, welches spalterische Potenzial in der Gender-Sprache liegt und dass es der Bildung jüngerer Menschen schadet. Aus Frankreichs Schulen und Gesetzesblättern wurde die Gender-Schreibweise daher verbannt.

Die amtliche Rechtschreibung beruht in Deutschland auf den Empfehlungen des Rats für deutsche Rechtschreibung. Dieser hat die Aufnahme von Asterisk („Gender-Stern“), Unterstrich („Gender-Gap“), Doppelpunkt oder anderen verkürzten Formen zur Kennzeichnung mehrgeschlechtlicher Bezeichnungen im Wortinnern in das Amtliche Regelwerk der deutschen Rechtschreibung zuletzt ausdrücklich abgelehnt.

Privat sollte jeder so sprechen und schreiben können, wie er möchte. Wenn aber in staatlichen Einrichtungen ohne jegliche Grundlage und Legitimation ein häufig orthografisch und grammatisch fehlerhafter Stil herrscht und in der offiziellen Kommunikation verwendet wird, droht eine linksideologische Vereinnahmung der Sprache, der sich die CDU entgegenstellen sollte.

Die Förderung der Gleichberechtigung ist für uns ein zentrales politisches Anliegen. Gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit und andere ganz konkrete Themen der Gleichberechtigung gilt es

voranzutreiben, hier sind wir noch lange nicht am Ziel angekommen. Aber eine ideologische Gängelung der Bürger mit nur vorgeblich „gendergerechter“ Kunstsprache, die nichts mit der historischen und gewachsenen Sprachentwicklung zu tun hat, spaltet die Gesellschaft und fördert die Gleichberechtigung nicht. Eine auf dem christlichen Menschenbild fußende Partei hat bei dem Thema eine wichtige Vorbildfunktion, die in das ganze Land ausstrahlt.

Antragsteller: CDU-Landesverband Hamburg

Der 35. Bundesparteitag der CDU Deutschlands möge beschließen:

Das „C“: Markenkern und Kompass christdemokratischer Politik

Die CDU ist seit Gründung der Bundesrepublik die erfolgreiche Volkspartei der Mitte. Ausgangspunkt dieser völlig neuen Partei nach dem Zweiten Weltkrieg waren die Erfahrungen mit dem unmenschlichen Dritten Reich. Viele Parteimitglieder der ersten Stunde hatten im nationalsozialistischen Deutschland unter Verfolgung gelitten und sich bereits vor Kriegsende Gedanken über eine Nachkriegsordnung gemacht. Sie alle einte die Ablehnung von Gewaltherrschaft und ihre Grundlage war die christliche Ethik, die wiederbelebt werden sollte. Alte konfessionelle Gräben und Lager sollten im Kontrast zur Weimarer Zeit in einer Union überwunden werden. Die Volkspartei war geboren und die Wertebasis des „C“ bestehend aus Freiheit, Verantwortung, Gerechtigkeit und Solidarität wurde zur Grundlage christdemokratischer Politik.

Die CDU hat in den letzten Jahrzehnten bewiesen, dass christdemokratische Politik die besten Lösungen zur Gestaltung des Zusammenlebens bietet. Diese Kraft entspringt dem christlichen Verständnis von der Würde des Menschen und den daraus folgenden Werten. Dies beinhaltet vor allem die individuelle Freiheit in Verantwortung für den Nächsten und die Schöpfung. Aus dem Wert der christlichen Nächstenliebe erwächst zudem der Auftrag für eine Politik der Gerechtigkeit und Solidarität. Wir stehen für eine Politik, die anerkennt, dass der einzelne Mensch fehlbar ist und niemand über eine absolute Wahrheit verfügt. Daraus erwächst die Stärke der CDU, eine Gesellschaft in ihrer Vielfältigkeit menschenwürdig zu gestalten.

Die auf diesen Werten fußende Politik ist unser Weg, Deutschland voranzubringen.

Christdemokratische Politik ist bewahrend und zukunftsgerichtet gleichermaßen. Abseits geschlossener Weltanschauungen formuliert sie immer wieder neu von christlichen Werten geleitete Ziele. Politik auf Grundlage des „C“ führt zu sachgerechten und pragmatischen Entscheidungen: Sie lässt unterschiedliche Interessen zu und bietet mit Blick auf das Wohl aller Lösungen und Alternativen an. Sie ist weder auf bestimmte Themen beschränkt, noch verfolgt sie die Interessen einzelner Wählergruppen. Deshalb ist die CDU die richtige Partei für alle Menschen, die unsere Werte teilen: Auch Gläubige anderer Religionen und Menschen, die sich keiner Religion zugehörig fühlen, können ihre politische Heimat bei uns finden.

Unterschiedliche Sichtweisen und Erfahrungen können anerkannt und für eine bestmögliche Politik genutzt werden. Dies macht den Kern von CDU-Politik aus. Sie ist aus diesem Grund weder Klientel- noch Themenpartei, sondern wirkliche Volkspartei. Deshalb unterscheidet sich unsere auf dem „C“ fußende und daraus resultierende soziale, liberale und nachhaltige Politik von allen anderen Parteien, die entweder Partikularinteressen vertreten oder aufgrund geschlossener politischer Weltbilder nie die ganze Gesellschaft im Blick haben können. Es ist gerade unser christliches Wertefundament, das in einer immer vielfältiger werdenden Gesellschaft verbindet. Dies führt zu einer zukunftsfähigen Politik der CDU, die zeitlos und wertkonservativ ist.

Das „C“ bietet verlässlich den Kompass, im Sinne der Würde des einzelnen Menschen und der gesamten Gesellschaft, gute Kompromisse zu finden und Versöhnung zu ermöglichen.

Das „C“ ist Fundament und Dach unserer Politik. Es ist die Voraussetzung, um die Breite der Volkspartei zu verbinden. Nur das „C“ garantiert eine Politik, die den Menschen in seiner Einzigartigkeit in den Mittelpunkt stellt. Christdemokratische Politik übernimmt Verantwortung sowohl für die Gesellschaft als auch für die Schöpfung voll umfänglich. Das „C“ ist unverzichtbarer Markenkern der CDU. Die christliche Ethik muss sowohl durch Worte als auch durch Taten gelebt werden. Nur eine Stärkung des christdemokratischen Wertefundaments wird die CDU erfolgreich in die Zukunft führen!

Begründung:

Wahlen in Demokratien führen immer zu unterschiedlichen Ergebnissen. Die Ursachen hierfür sind vielfältig. Das großartige Ergebnis der CDU bei der Landtagswahl in Schleswig-Holstein zeigt, dass das enttäuschende Ergebnis bei der letzten Bundestagswahl eine Momentaufnahme war. Im Bundestag in der Opposition zu sein, ist aber der richtige Zeitpunkt für eine erneute Beschäftigung mit dem, was unseren Markenkern ausmacht.

Das christliche Verständnis vom Menschen ist weder Worthülse noch Relikt vergangener Tage, sondern Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit der CDU. Dies gilt insbesondere in unserer Zeit abnehmender Kirchenbindung und zunehmender religiöser Vielfalt. Verbindende ethische Grundlagen sind Voraussetzung für gelingendes Miteinander. Das „C“ heißt eben nicht „Kirche“, sondern bedeutet ein grundlegendes Werteverständnis. Auf diesem baut unsere Politik auf. Ein Bestreben, das „C“ als einen Aspekt neben anderen darzustellen oder gar andere Begriffe anstelle dessen einzuführen, um kurzfristigen Trends oder Moden zu folgen, führt in die Irre und zu Beliebigkeit.